



Vom Abgang eines Helden, der noch immer einer ist

«Ich war immer bereit, zu kämpfen, aber ich habe die Grenzen meiner Kräfte erreicht.» Das waren die letzten Worte des letzten Verteidigungsministers Karl-Theodor zu Guttenberg. Aber es waren nicht seine Kräfte, die ihn zur Aufgabe des Ministeramtes brachten – es war seine Doktorarbeit, die ganz offensichtlich ein Plagiat ist. Aber KT hat immer noch etwas, das seine Kritiker nicht verstehen können: Unterstützung eines Volkes, das nicht daran glauben mag, dass ihr Lieblingspolitiker ein Betrüger ist und von der politischen Bühne abtreten musste.

Zuerst waren die Vorwürfe noch «völlig abstrus», dann verzichtete er vorübergehend («und ich betone, vorübergehend») auf seinen Dokortitel, dann hatte er sich die Arbeit noch einmal angesehen und stellte fest, womöglich Fehler gemacht zu haben, dann räumte er schwerwiegende Fehler ein und verzichtete nicht mehr nur vorübergehend, sondern ganz auf seinen Dokortitel. Er bat sogar die Uni Bayreuth, deren Ruf er vorerst vollkommen zerstört hat, um die Rücknahme des Titels. Alle Handlungen Guttenbergs in der Vergangenheit und Gegenwart sind Teil einer Strategie.

Er weiß um seine Popularität und weiß, dass sich das Volk mitunter blenden lässt, wenn es nur darum geht, diesen einen Helden, den wir in der deutschen Politik haben, zu verlieren. Deshalb konnte er sich auch einen Fehltritt nach dem nächsten leisten: Er durfte zwei hochrangige, altgediente Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums entlassen, weil die Bild-Zeitung sich sonst gegen ihn gewandt hätte. Aber er musste sich ja umentscheiden, weil neue Fakten vorlagen, so rechtfertigte er sein Tun. Und das Volk nickte.

Er durfte den Kapitän der Gorch Fock entlassen, weil es einen Verdacht gegen ihn gab – aber eben auch nur einen Verdacht. Was sagt da schon das gute alte Menschenrecht, das die Unschuldsvermutung (“Im Zweifel für den Angeklagten”) vorschreibt. Und Guttenberg durfte mit seiner Frau und einem Fernsehmoderator nach Afghanistan reisen, um eine Talkshow live aus dem Kriegsgebiet zu senden, während Guido Westerwelle – allseits unbeliebt – sich Vorwürfe anhören durfte, sein Lebensgefährte hätte auf Geschäftsreisen nichts zu suchen. Auch deshalb passt dieses Bild von der reumütigen Rückgabe seines Dokortitels zu Guttenberg: Er entschuldigt sich, er weiß, dass er etwas falsch gemacht hat und stellt sich den Konsequenzen, ganz freiwillig. Aber jetzt ist doch gut!

KT darf alles – sogar in seiner Doktorarbeit betrügen. Ja, er hat einen Fehler gemacht, sagen seine Fans, aber jeder macht Fehler und das macht ihn menschlich. Jeder menschliche Verstand schaltet sich bei solchen Aussagen ab: Einen Fehler macht man nicht derart bewusst, man klagt nicht Großteile des geistigen Eigentums anderer. So etwas ist nicht mehr nur ein “Fehler”, eine Lappalie.

Aber Solidarität mit dem Minister ist immer noch vorhanden. Abseits der bösen “Hetzjagd” deutscher Journalisten, außer jenen der Bild- Zeitung natürlich, schlossen sich die Fans zusammen. Zwar änderte sich die Stimmung ein wenig, aber noch immer sind vor allem im Süden jene in der Mehrzahl, die sich Guttenberg zurückwünschen.

Sie klammern sich an ihr Bild des geschassten Ministers, verjagt von den Medien und der Opposition. Selbst Akademiker stellen sich auf seine Seite. Die größte Pro-Guttenberg-Gruppe auf Facebook zählt 406.6000 Anhänger, die größte Anti-Gruppe 56.000 Guttenberg-Gegner. Guttenberg hätte der CDU bei den Landtagswahlen im Südwesten helfen können, indem er bei vielen Wahlkampfauftritten einfach nur nett aussieht. Jetzt ist alles anders.

Aber im Südwesten mag man ihn trotzdem, auch wenn es noch so unglaublich klingen mag. Er ist ein Mann, dem man verzeiht. Die SPD hat sich mit dem falschen Gegner angelegt, wenn sie auf Wahlerfolg aus ist. Sie wollte einen Minister los werden, der in seinen Handlungen sicherlich umstritten war. Aber nun gilt sie nicht als die Partei, die einen Betrüger entlarvt und aus der Regierung verbannt hat – nun gilt sie als die Partei, die einen Helden gestürzt hat. Den einzigen, den es in der deutschen Politik gab.

Der einzige Vorteil, den die Opposition in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz hat, ist jener, dass seit Tagen die Atompolitik die politische und öffentliche Agenda bestimmt. Wären die Ereignisse in Japan nicht passiert, hätte



es womöglich mehr Nichtwähler gegeben – nämlich all jene, die sich in den letzten Wochen vom Bild eines politischen Helden verabschieden mussten.

(Text: Miriam Keilbach)